

Antrag 405/II/2019**Der Landesparteitag möge beschließen:****Ini 05 - Solidarität mit der chilenischen Zivilgesellschaft**

1 **## Demokratischer Dialog statt autoritäre Gewalt**
 2 Seit dem vergangenen Wochenende hat die Regierung
 3 von Präsident Sebastián Piñera den Ausnahmezustand
 4 und eine nächtliche Ausgangssperre ausgerufen. Die Po-
 5 lizei und das Militär gehen wie zuletzt während der Mili-
 6 tärdictatur von Augusto Pinochet im Jahr 1987 mit einer
 7 massiven Brutalität gegen die Zivilgesellschaft vor. Ange-
 8 sichts der mindestens 18 Toten und unzähligen Verletzten
 9 ist dieses Vorgehen trotz der teils unruhiger Proteste abso-
 10 lut unverhältnismäßig. Es spiegelt die bisherige Unfähig-
 11 keit dieser Regierung wieder, die verschiedenen Akteure
 12 der Zivilgesellschaft aus sozialen Bewegungen, Gewerk-
 13 schaften und der indigenen Bevölkerung an einen runden
 14 Tisch zu bringen. Die gegenwärtige Situation im Land er-
 15 innert an die Zustände zu Zeiten der Militärdiktatur. Da-
 16 zu darf es nicht erneut kommen! **Wir fordern die Regie-
 17 rung zur Einberufung eines Runden Tisches mit allen Ver-
 18 treter*innen der Zivilgesellschaft auf, um auf demokrati-
 19 schen Weg die gegenwärtige Krise in Chile zu lösen.**
 20
 21 **## Wir stehen an der Seite der friedlichen Demonstrantinnen
 22 und Demonstranten.**
 23 Die chilenische Regierung muss demokratische Grund-
 24 rechte wie das Recht auf Versammlungs- und Meinungs-
 25 freiheit achten. Demonstrationen müssen möglich sein -
 26 ohne dabei Angst um Leib und Leben zu haben.
 27
 28 **## Wir fordern ein Ende der Gewalt durch das Militär
 29 und unabhängige Beobachter zur Untersuchung der Men-
 30 schenrechtsverletzungen**
 31 Das Militär geht landesweit gegen Demonstrantinnen
 32 und Demonstranten vor. Dies wird durch die Aussage des
 33 Präsidenten befeuert, dass sich das Land "im Krieg" befän-
 34 de. Menschenrechtsbeobachter sind besorgt wegen der
 35 Situation im Land und dem gewaltsamen Umgang des Mi-
 36 litärs mit den Demonstrant*innen - darunter auch zahl-
 37 reiche Minderjährige. Des Weiteren berichten zahlreiche
 38 Frauen von sexuellen Belästigungen. Die Ausgangssperre
 39 mit dem Einsatz von Schusswaffen durchgesetzt.
 40
 41 Die Hochkommissarin der Vereinten Nationen für Men-
 42 schenrechte, die Sozialdemokratin und ehemalige Präsi-
 43 dentin Michelle Bachelet, hat nun sogar entschieden, ein
 44 Team nach Chile zu schicken, um die Vorwürfe von Men-
 45 schenrechtsverletzungen zu untersuchen. **Die Folttervor-
 46 würfe und die Todesfälle der vergangenen Tage müssen
 47 dringend durch unabhängige Beobachter untersucht wer-
 48 den.**
 49

Empfehlung der Antragskommission**Annahme in der Fassung der AK (Konsens)**

Demokratischer Dialog statt autoritäre Gewalt
 Seit dem vergangenen Wochenende hat die Regierung
 von Präsident Sebastián Piñera den Ausnahmezustand
 und eine nächtliche Ausgangssperre ausgerufen. Die Po-
 lizei und das Militär gehen mit einer massiven Brutali-
 tät gegen die Zivilgesellschaft vor. Angesichts der mindes-
 tens 18 Toten und unzähligen Verletzten ist dieses Vorge-
 hen trotz der teils unruhiger Proteste absolut unverhält-
 nismäßig. Es spiegelt die bisherige Unfähigkeit dieser Re-
 gierung wieder, die verschiedenen Akteure der Zivilgesell-
 schaft aus sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und
 der indigenen Bevölkerung an einen runden Tisch zu brin-
 gen. **Wir fordern die Bundesregierung auf, sich für die Ein-
 berufung eines Runden Tisches der chilenischen Regierung
 mit allen Vertreter*innen der Zivilgesellschaft einzusetzen,
 um auf demokratischen Weg die gegenwärtige Krise
 in Chile zu lösen.**
**## Wir stehen an der Seite der friedlichen Demonstrantinnen
 und Demonstranten.**
 Die chilenische Regierung muss demokratische Grund-
 rechte wie das Recht auf Versammlungs- und Meinungs-
 freiheit achten. Demonstrationen müssen möglich sein -
 ohne dabei Angst um Leib und Leben zu haben.
**## Wir fordern ein Ende der Gewalt durch das Militär
 und unabhängige Beobachter zur Untersuchung der Men-
 schenrechtsverletzungen**
 Das Militär geht landesweit gegen Demonstrantinnen
 und Demonstranten vor. Dies wird durch die Aussage des
 Präsidenten befeuert, dass sich das Land "im Krieg" befän-
 de. Menschenrechtsbeobachter sind besorgt wegen der
 Situation im Land und dem gewaltsamen Umgang des Mi-
 litärs mit den Demonstrant*innen - darunter auch zahl-
 reiche Minderjährige. Des Weiteren berichten zahlreiche
 Frauen von sexuellen Belästigungen. Die Ausgangssperre
 mit dem Einsatz von Schusswaffen durchgesetzt.
 Die Hochkommissarin der Vereinten Nationen für Men-
 schenrechte, die Sozialdemokratin und ehemalige Präsi-
 dentin Michelle Bachelet, hat nun sogar entschieden, ein
 Team nach Chile zu schicken, um die Vorwürfe von Men-
 schenrechtsverletzungen zu untersuchen. Die Folttervor-
 würfe und die Todesfälle der vergangenen Tage müssen
 dringend durch unabhängige Beobachter untersucht wer-
 den.
**## Wir fordern den sozialdemokratischen Außenminister
 Heiko Maas auf, sich gegenüber der chilenischen Regie-
 rung für die Einhaltung der Menschenrechte einzusetzen.
 Es darf zu keinen weiteren Menschenrechtsverletzungen
 kommen. Die Gewalt muss unverzüglich aufhören.**

50 **Wir fordern den sozialdemokratischen Außenminister**
 51 **Heiko Maas auf, sich gegenüber der chilenischen Regierung**
 52 **für die Einhaltung der Menschenrechte einzusetzen.**
 53 **Es darf zu keinen weiteren Menschenrechtsverletzungen**
 54 **kommen. Die Gewalt muss unverzüglich aufhören.**

55
 56 Michelle Bachelet hat in Ihrer Funktion als Hochkommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte bereits
 57 Anfang der Woche die politischen Akteure und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft aufgefordert, Gespräche zu
 58 führen. Wir fordern, dass die chilenische Regierung ernsthaft in einen Dialog mit den Gewerkschaften und den Vertreter*innen der Zivilgesellschaft tritt.

63
 64 **## Wir stehen an der Seite der Gewerkschaften, die sich**
 65 **für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer**
 66 **einsetzen und aktuell dafür Repressalien befürchten müssen.**

68 In den Protesten entlädt sich die jahrzehntelang angestaute Wut der Bevölkerung. Das neoliberale Wirtschaftssystem, welches noch unter der Diktatur von Pinochet etabliert wurde, wurde seit dem Ende der Diktatur nicht verändert. Es bestehen weiterhin hohe soziale Ungleichheiten im Land. Die Fahrpreiserhöhung Anfang Oktober war nur die Spitze des Eisberges.

Michelle Bachelet hat in Ihrer Funktion als Hochkommissarin der Vereinten Nationen für Menschenrechte bereits Anfang der Woche die politischen Akteure und Vertreter*innen der Zivilgesellschaft aufgefordert, Gespräche zu führen. Wir fordern die Bundesregierung dazu auf, sich dafür einzusetzen, dass die chilenische Regierung ernsthaft in einen Dialog mit den Gewerkschaften und den Vertreter*innen der Zivilgesellschaft tritt.

Wir stehen an der Seite der Gewerkschaften, die sich für die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer einsetzen und aktuell dafür Repressalien befürchten müssen.

In den Protesten entlädt sich die jahrzehntelang angestaute Wut der Bevölkerung. Das neoliberale Wirtschaftssystem, welches noch unter der Diktatur von Pinochet etabliert wurde, wurde seit dem Ende der Diktatur nicht verändert. Es bestehen weiterhin hohe soziale Ungleichheiten im Land. Die Fahrpreiserhöhung Anfang Oktober war nur die Spitze des Eisberges.